

# Aufrüstung steht zur Wahl

Wer bei der bevorstehenden Bundestagswahl CDU/CSU oder FDP wählt, wählt die militärische Aufrüstung. CDU Parteivorsitzende Angela Merkel und die anderen CDU/CSU -Vertreter zu dem Thema haben mehrfach angekündigt, das 2% Ziel vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) anzustreben. Heute sind es ca. 1,2%. Das Ziel ist also fast eine Verdoppelung.

Graf Lambsdorff von der FDP (Fraktionsvorsitzender der Liberalen im Europaparlament und Bundestagskandidat) hat als Zielmarke sogar 3% genannt<sup>1</sup> – und das ist m.W. von niemandem aus der Partei dementiert worden. Deutschland alleine wäre dann eine militärische Großmacht. Wenn nicht all die Rüstungsausgaben im Chaos der Militärverwaltung unwirksam verpulvert werden, würde Deutschland allein nicht nur sehr viel mehr Geld für Rüstung ausgeben als Russland, sondern auch in Europa mit Abstand die mächtigsten Streitkräfte unterhalten. Für was? <sup>2</sup>

Das Rüstungsweißbuch der Bundesregierung und alle möglichen Äußerungen der Politiker zeigen, dass sie weltweit militärisch eingreifen wollen, wie sie es schon jetzt immer häufiger tun.

Wer die Grünen wählt, wählt wahrscheinlich auch Krieg. Sie haben den Kosovo-Krieg mitgemacht. Wir Bremer haben mit unserer Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck von Bündnis 90 / Die Grünen auch eine besonders streitbare und außenpolitisch aggressiven Kurs vertretende Abgeordnete im Bundestag.

Marieluise Beck ist eine treibende Kraft bei der Unterstützung und Militarisierung des Konfliktes Ukraine – Russland – Europa – USA – NATO.

Sie macht die Menschenrechtsfragen überall zu einem Glaubensbekenntnis, das man der ganzen Welt mit Feuer und Schwert aufoktroyieren müsse.

Auch wenn sie für die gegenwärtigen Wahlen von der Bremer Parteiorganisation nicht wieder als Kandidatin aufgestellt worden ist, so unterstützen doch viele in ihrer Partei mit aggressiven Reden und Handlungen Interventionen in andere Länder – und sind dabei immer für die besonders moralische Begründung zuständig. Und wie sie denkt offensichtlich auch die Spitze von Bündnis 90 / Die Grünen.

Der Beschluss zum 2% Ziel vom BIP für Rüstungsausgaben war übrigens gemeint als eine Methode der besseren Verteilung der Rüstungslasten auf die Verbündeten in der NATO. Sie hätte es den USA und anderen, z.B. Griechenland, ermöglicht, ihre Rüstungsausgaben zu senken. Die NATO-Staaten geben auch so schon weit mehr für Rüstung aus als alle denkbaren Gegner in der Welt zusammen genommen. Und es gibt ja auch noch Verbündete der USA, die nicht der NATO angehören.

Wenn jetzt der Präsident der USA, Donald Trump, nicht ab- sondern weiter aufrüstet, ergibt sich aber erst Recht für uns keinerlei Verteidigungsrund für zusätzliche Rüstungsausgaben der NATO – Mitgliedsstaaten. Denn die Übermacht der NATO - Staaten steigt damit ja schon allein durch die USA.

Dagegen: Donald Trump will weniger an die UNO zahlen. Die Zahl der Flüchtlinge in der Welt hat einen neuen Höchststand erreicht und es werden immer mehr Menschen vertrieben. Das UNHCR, das den Geflüchteten hilft, hat dafür viel zu wenig Geld. Die Flüchtlingswelle, die 2015 aus Nah- und Mittelost auf Europa überschwappte, ist dadurch entstanden, dass UNHCR die Tagesrationen in den Flüchtlingscamps rund um Syrien mangels Geldunterstützung kürzte und für die Kinder keinen Schulunterricht mehr bezahlte. Würde Deutschland dafür sorgen, dass in den Ländern rund um Syrien in den Flüchtlingslagern akzeptable Lebensbedingungen geschaffen werden, kämen weniger nach Europa und es würde z.T. in Syrien heißen können: Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.

Die wichtigste Frieden schaffende und humanitäre außenpolitische Aufgabe wäre es für Deutschland, wenn es mehr Geld an das UNHCR bezahlen würde.

<sup>1</sup> Graf Lambsdorff laut Deutschlandfunk Nachrichten 30.3.2017 8:00 Uhr

<sup>2</sup> Zu der verwaschenen Bedrohungslage siehe meine Kritik am „Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20160811.pdf> auf dieser Homepage.

Wem Frieden und eine Außenpolitik wichtig ist, die sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmisch, wird wohl zumindest die genannten drei (bzw. vier) Parteien bei dieser Bundestagswahl nicht seine Stimmen geben.